

# Für neue Großaufträge fehlt das Geld

*Unter einer CDU-geführten Regierung wird sich für Deutschlands Waffenschmieden nur wenig ändern. Freizügiger als Rot-Grün können auch Union und FDP mit Rüstungsexporten nicht umgehen. Öffentlich halten sich die Parteien bei Rüstungsfragen im Wahlkampf bedeckt. Die Industrie will es sich mit keiner Regierung, welcher auch immer, verscherzen.*

Von **Olaf Preuß**, Hamburg, und **Gerhard Hegmann**, München

**K**napp zwei Wochen vor der Bundestagswahl landete die Regierung in Berlin am Montag noch einen Coup: Beschlossen wurde ein verstärktes Mitspracherecht bis hin zum Veto beim Verkauf deutscher Rüstungsfirmen ins Ausland. Anlass ist die Absicht der Minderheitseigner beim Friedrichshafener Motorenhersteller MTU, das Unternehmen an den US-Finanzinvestor Carlyle zu veräußern. Die Familiengesellschafter streiten darüber mit dem Mehrheitseigner DaimlerChrysler, der MTU ebenfalls verkaufen will, aber nicht an Carlyle. MTU produziert unter anderem Panzermotoren für die Bundeswehr.

Bundeskanzler Gerhard Schröder nutzt den Einsatz für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei MTU als Wahlwerbung. Aber auch die CDU hat nichts gegen eine Lex MTU: „Es ist völlig legitim, dass Deutschland seine wehrtechnischen Kernfähigkeiten schützt“, sagte Dagmar Wöhrl, die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der FTD.

Die Konturen der künftigen deutschen Rüstungspolitik bleiben im Wahlkampf unscharf. Beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) heißt es, man habe

das Thema mit der Union noch nicht näher diskutiert. „Im Wahlkampf spricht man nicht über Rüstungsexporte“, sagte ein Sprecher. Am ehesten zeigen sich die Unterschiede zwischen der Union und Rot-Grün bei den Rüstungsexporten: Die Bundesregierung betätigte sich wiederholt als politischer Türöffner für Waffenexporte, Kanzler Schröder wirbt in der EU für eine Aufhebung des Waffenexportverbots nach China. Die Union will dieses Verbot nicht aufheben. Zudem sollen Schlupflöcher für den Export deutscher Waffen über andere EU-Mitgliedsstaaten in Krisenregionen geschlossen werden. „Die Grünen“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete und Rüstungsexperte Erich Fritz, „haben die moralischen Hürden so hoch gelegt, dass die SPD müheles darunter hindurch marschieren konnte.“

In der deutschen Rüstungsindustrie werden die Konsequenzen eines möglichen Regierungswechsels offiziell nicht kommentiert. Zu eng sind die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der Politik als Auftraggeber und den Unternehmen. „Wir können und wollen niemanden verärgern“, sagt ein Rüstungsmanager, der ungenannt bleiben will. Denn den Rüstungsunternehmen geht es nicht nur um den Export, sondern vor allem auch um Aufträge der Bundeswehr.

Bei den meist langfristig laufenden Beschaffungsprogrammen zeigen sich politische Änderungen ohnehin nicht unmittelbar. Die Industrie hofft, dass der Investitionsetat des Bundes für das Militär von derzeit rund 8 Mrd. € steigen wird, zumal sich die Aufgaben der Bundeswehr mit wachsenden Auslandseinsätzen ändern. Allerdings gibt es gewaltige Deckungslücken zwischen den Wunschvorstellungen der Industrie und den

vorhandenen Haushaltsmitteln, sodass eine Aufstockung des Budgets kaum möglich sei, sagte der Rüstungsmanager. Fraglich ist etwa die Finanzierung der dritten Tranche beim Kampfflugzeug Eurofighter. „Es wäre schon ein Erfolg, wenn die Einsparungen unter einer CDU-FDP-Regierung nicht zu dramatisch ausfallen“, heißt es in der Branche. Finanziellen Spielraum für neue Großprogramme gebe es praktisch nicht.

Aus der Industrie ist zu hören, dass die SPD inzwischen die Interessen der Rüstungsindustrie stärker erkannt hat und die Abstimmungsprozesse zwischen Unternehmen, Verteidigungsministerium und Kanzleramt besser laufen. „Die Sensibilität für unsere Branche ist gestiegen“, heißt es. So unterstützte Berlin während des Machtkampfes um die Führung des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS das Streben von DaimlerChrysler nach einem deutsch-französischen Gleichgewicht. Bei der Neuordnung der Werftenindustrie bremst die Bundesregierung die Vorstellungen Frankreichs, einen deutsch-französischen Werftenverbund nach dem Vorbild der EADS zu bilden. Eine „maritime EADS“ lehnt auch der deutsche Werftkonzern ThyssenKrupp Marine Systems ab: „Das wird nicht so schnell geschehen. Und wir werden definitiv nicht mit einer Staatswerft zusammengehen“, sagt der für den Schiffbau zuständige Vorstand Olaf Berlien.

Für den CDU-Rüstungsexperten Fritz ist ein Verbund ebenfalls „kein Thema: Die deutschen Werften sind ausgelastet, und die Ausschaltung von Wettbewerb hat noch nie dazu geführt, dass eine Branche am Ende besser dasteht.“

---

#### POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN BISHER

**Militäretat** 23,9 Mrd. € gibt der Bund für Verteidigung aus, davon 8,03 Mrd. € für militärische Investitionen. Mit der Verkleinerung der Bundeswehr in den vergangenen Jahren schrumpfte auch der Markt für die deutsche Rüstungsindustrie. Die Geldnot des Bundes erzwang zudem Einsparungen bei Neuanschaffungen wie dem Eurofighter.

**Rüstungsexporte** Die SPD setzte sich in der Bundesregierung häufig über den Widerstand der Grünen hinweg und half der Rüstungsindustrie bei der Vermittlung von Exportaufträgen. Bundeskanzler Gerhard Schröder wirbt in der EU für eine Aufhebung des Waffenexportverbots nach China. Allerdings gibt es von dort keine konkreten Anfragen.

**Werften** Die rot-grüne Regierung stärkte – unter anderem mit einem maritimen Koordinator – die Position der deutschen Werftindustrie. Einen europäischen Werftenverbund nach dem Vorbild des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS unterstützt sie derzeit nicht. Deutsche Werftbetreiber wie ThyssenKrupp teilen diese Haltung.

#### NACH EINEM MÖGLICHEN MACHTWECHSEL

**Militäretat** Eine Erhöhung des Wehretats und eine Ausdehnung der Rüstungsaufträge erwartet die Branche angesichts der schwierigen Haushaltslage nicht. Allerdings hängt diese Frage auch davon ab, welche außenpolitischen Akzente eine unionsgeführte Bundesregierung setzen wird und welche Aufgaben dabei der Bundeswehr zukämen.

**Rüstungsexporte** Die CDU will in der Europäischen Union eine Harmonisierung der Rüstungsexportpraxis durchsetzen, basierend auf dem bestehenden EU-Kodex. Damit sollen politisch anrühige Exporte deutscher Rüstungsgüter über EU-Staaten verringert werden. Eine Aufhebung des Waffenembargos gegen China lehnt die Union ab.

**Werften** Ein europäischer Werftenverbund ist aus Sicht der Union nicht erstrebenswert. Die deutschen Werften seien sehr gut ausgelastet und besäßen besonders im Marineschiffbau einen technologischen Vorsprung vor Konkurrenten in Frankreich oder Spanien, heißt es. Ob es auch künftig einen maritimen Koordinator geben wird, ist offen.